

Nicht die beste Kür

Von Marius Koity

Pößneck ist vielleicht keine rechtsextremistische Hochburg und es mag übertrieben sein, was das eine oder andere Blatt in der letzten Zeit über die Stadt verbreitet hat. Dass sich der Pößnecker Stadtrat vor dem Hintergrund der NPD-Demo vom 8. April und der darauf folgenden öffentlichen Diskussion nicht eindeutig gegen Rechtsextremismus positioniert hat, ist allerdings auch nicht die beste Kür. Eine Erklärung würde die Rechten nur aufwerten, argumentieren einige. Wenn der Stadtrat keine eindeutige Stellung bezieht, kann ihm dies jedoch auch als Gleichgültigkeit oder als Einladung zum Weitermachen ausgelegt werden, und das kommt den Extremisten erst recht entgegen. Man hätte die Gelegenheit am vergangenen Donnerstag nutzen und eine Erklärung sowohl gegen rechtsextremistische, als auch gegen linksextremistische Gewalt abgeben können – so hätte keiner im Stadtrat sein Gesicht verloren. Fakt ist, dass extremistische Umtriebe nicht verniedlicht werden dürfen, die durchaus existierenden rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Neigungen in Pößneck – und in den anderen Orten in der Umgebung – auch nicht. Denn die NPD ist durchaus auf den Geschmack gekommen. Vor einiger Zeit versicherte sie nämlich in einer Mitteilung an die Redaktion, dass der Aufmarsch vom 8. April nicht die letzte Veranstaltung dieser Art gewesen sei.

OLO PO1 Mittwoch, 12. Juli 2000

Pößnecker Stadtrat wertet NPD-Demo nur am Rande aus

Antrag der PDS mehrheitlich abgeschmettert

Pößneck (OTZ/mko). Die Demonstration der NPD am 8. April wurde im Pößnecker Stadtrat nur am Rande diskutiert. Ein Antrag der PDS-Fraktion, der eine „Auswertung“ der Demo und die Verabschiedung einer „Erklärung“ vorsah, wurde in der Sitzung am vergangenen Donnerstag mit fünfzehn Nein-Stimmen der großen CDU/SPD-Koalition gegen die acht Ja-Stimmen der PDS und Birso abgeschmettert.

Vor der Abstimmung begründete die PDS ihren Antrag noch einmal. Michael Modde erklärte, warum die große Koalition nichts von dem Antrag hält.

Die PDS ist der Meinung, dass die Stadt „mit Stillschweigen im Vorfeld und totaler Abschirmung der Veranstaltung vor der Bevölkerung“ zwar scheinbar vor einem Chaos bewahrt wurde, es sei jedoch „großer politischer Schaden mit Langzeitwirkung verursacht“ worden. Die NPD habe erfolgreich getestet, was in Pößneck möglich sei. Auf Grund dessen bestehe die Gefahr, dass die rechtsextreme Partei in Zukunft in Pößneck „weitere Veranstaltungen“ anmeldet. Fritz Kleine sagte, dass man in der Sache nicht von einzelnen Verirrten sprechen kann, sondern von einer immer besser organisierten „Bewegung“, die ein „ganz bestimmtes Ziel“ habe, was nicht einfach ignoriert

werden dürfe. In einer „Erklärung“ sollte der Stadtrat, so der PDS-Vorschlag, den Rechtsextremismus verurteilen.

Michael Modde führte aus, dass sich die große Koalition hinter die „Maßnahmen der Verwaltung“ vom 8. April stellt. Nur so und zusammen mit der Polizei sei die Stadt vor einem Chaos bewahrt worden. Einen „großen politischen Schaden mit Langzeitwirkung“ kann er nicht erkennen. Nachdem er mit der PDS in Pößneck und insgesamt abrechnete, stellte er klar: „Die Fraktionen der CDU und SPD distanzieren sich von jeder Form der Gewalt, egal ob von links oder rechts!“ Er warnte vor der Aufwertung des NPD-Aufmarsches durch „endlose Debatten“, die „letztendlich zu nichts führen und sich sogar – auch wenn sie gut gemeint sein mögen – zu Ungunsten der Stadtentwicklung auswirken können.“

Die CDU/SPD-Position konnte die PDS nicht nachvollziehen. Werner Schneider, Jahrgang 1924, warnte vor „Beschönigung wie in der Weimarer Republik“ und forderte: „Wir müssen uns gemeinsam wehren! Sonst geht das ins Auge!“ Mit diesem Appell war die Mehrheit im Stadtrat jedoch nicht umzustimmen. Constanze Truschzinski bezeichnete die Entscheidung des Stadtrates danach als „schrecklich“.